

## **Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion:**

### **Resolution: „Die Gewerbesteuereinnahmen gehören den Kommunen ! Ablehnung der geplanten „Heimatumlage“ durch die Gesetzesinitiative „Starke-Heimat-Hessen“ der Hessischen Landesregierung“**

Zur Bewertung der finanziellen Auswirkungen der Gesetzesinitiative „Starke Heimat Hessen“ liegt im Moment folgendes Zahlenmaterial vor:

Ohne die Gesetzesinitiative des Landes Hessen hätte die Stadt Rödermark durch den vom Bund beschlossenen Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage um 29% Punkte ab 1.1.2020 im Haushaltsplan 2020 Einsparungen in Höhe von 960.000 € bei der Gewerbesteuerumlage im Ergebnishaushalt ausweisen können.

Zur Finanzierung des Programms „Starke-Heimat-Hessen“ müsste die Stadt rd. 720.000 € als Heimatumlage (= 21,75% Punkte) nach dem Gesetzentwurf an das Land Hessen abführen. Rd. 240.000 € (= 7,25% Punkte) verbleiben bei der Stadt Rödermark als Einsparung bei der Gewerbesteuerumlage.

Nach den Modellberechnungen des Hessischen Ministeriums der Finanzen zum Programm „Starke Heimat Hessen“ erhält die Stadt Rödermark rd. 300.000 € mehr Schlüsselzuweisungen, von denen jedoch nach dem derzeitigen Abrechnungsverfahren 52,66 % (= rd. 158.000 €) als höhere Kreisumlage an den Kreis Offenbach abgeführt werden müssen. Es verbleiben also voraussichtlich nur rd. 142.000 € bei der Stadt Rödermark.

Im Rahmen des Programms „Starke Heimat Hessen“ kann die Stadt Rödermark außerdem nach den Modellberechnungen des HMdF mit höheren Zuwendungen für den Kindergartenbetrieb in einer Größenordnung von rd. 550.000 € rechnen. Dies ist jedoch nur eine erste Hochrechnung. Im Detail müsste hier von der Stadt Rödermark nach den neuen Förderrichtlinien Zuwendungen beantragt, abgerufen und abgerechnet werden, was mit einem höheren Verwaltungsaufwand verbunden ist.

Weitere neue Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms „Starke Heimat Hessen“ betreffen den Bereich Digitalisierung der Kommunen. Hier wurden für die Stadt Rödermark in der Modellberechnung des HMdF Zuwendungen in Höhe von rd. 65.000 € ermittelt, die jedoch für Investitionen einzusetzen sind und dem Ergebnishaushalt nicht zu Gute kommen.

Einsparungen in Höhe von 960.000 € ohne die Gesetzesinitiative stehen damit nur rd. 212.000 € ergebniswirksame Verbesserungen durch die Gesetzesinitiative des Landes gegenüber.

Die Gesetzesinitiative der Landesregierung „Starke Heimat Hessen“ wirkt sich damit nach heutigem Stand für die Stadt Rödermark finanziell negativ aus.

Die Kommunalen Spitzenverbände (der Hessische Städtetag, der Hessische Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag) lehnen den Gesetzentwurf ab.

Die 2. Lesung des Gesetzentwurfs im Hessischen Landtag ist vom 24.-26.9.2019 und die 3. Lesung ist vom 29.-31.10.2019 vorgesehen.